Herr Nettesheim von der SPD-Fraktion erinnerte an den gemeinsamen Ortstermin in der Kappellenstraßen vor einem Jahr und die anschließende kontroverse Diskussion, in deren Folge man die Einführung einer probeweisen Einbahnstraßenregelung beschlossen habe. Es sei bedauerlich, dass die Vorher-Messungen nicht in allen Nebenstraßen haben stattfinden können. Er hätte es begrüßt, wenn der Ausschuss über die dafür verantwortlichen messtechnischen Probleme vorher informiert worden wäre. So hätte man zunächst diese Probleme beheben können, um dann den Probebetrieb einzuführen. So habe man insbesondere für die Ortsgasse nun keine Messwerte, da diese schwierig zu betrachten sei. Hierüber finde nicht nur der Umgehungsverkehr statt, sondern es befinde sich dort auch eine Apotheke und das Ärztehaus.

Man könne aufgrund der Messwerte jedoch erkennen, wie sich die Verkehrsströme von der Kapellenstraße auf die Straßen in der Umgebung verlagert hätten. Seine Fraktion sehe daher die Einführung einer Einbahnstraßenregelung als sehr sinnvoll an. Man wäre aber auch damit einverstanden, den Probebetrieb noch eine Zeit lang aufrecht zu erhalten, um so weitere Messergebnisse zu bekommen. Es sei nur eben schwierig auf Messwerte zurückzugreifen, welche nicht vorlägen. Den Probebetrieb wieder einzustellen, um Messwerte über den vorherigen Zustand zu bekommen, halte er dennoch nicht für sinnvoll.

Herr Willnecker von der FDP-Fraktion sagte, dass man de facto mit der heutigen Kenntnisnahme des Berichtes die momentane Regelung wieder aufheben würde, da der Probebetrieb damit abgeschlossen sei. Dies hätte er gerne als ausdrücklichen Beschlussvorschlag gehabt.

Inhaltlich sei er nicht dafür, die Regelung aufzuheben, da sie sich aus seiner Sicht bewährt habe. Die negativen Auswirkungen in der Ortsgasse seien sicherlich kleiner, als die positiven in der Kapellenstraße. Die Probleme des ruhenden Verkehrs und der Verkehrsverstöße in der Ortsgasse entstünden auch ohne Verdrängungsverkehr. Hier sei es Aufgabe der Verwaltung zu prüfen, was möglich und realisierbar sei, um diesen Zustand zu verbessern.

Es gebe eine EMail des Ausschussvorsitzenden, in welcher er Vorschläge für einen entsprechenden Beschlussvorschlag mache. Diesem könne sich seine Fraktion anschließen.

Herr Schell von der CDU-Fraktion sagte, dass in seiner Fraktion noch keine EMail eingegangen sei. Seine Fraktion würde sich dem Fazit des Berichtes anschließen. Er schließe sich Herrn Nettesheim jedoch insofern an, dass die Situation mit den Messergebnissen äußerst unglücklich sei, zumal nun nicht feststellbar sei, wie sich die umgeleiteten Verkehre auf die einzelnen Ausweichstraßen verteilten. Er habe auch mit Einzelhändlern in der Ortsgasse gesprochen, welche bestätigt hätten, dass das Verkehrsaufkommen in der Ortsgasse gestiegen sei.

Er stimme Herrn Willnecker zu, dass bei einer Aufhebung der Regelung die Probleme in der Ortsgasse nicht verschwinden würden. Dass dieses Grundproblem bestehe, habe die Verwaltung in ihrem Bericht auch ausdrücklich ausgeführt. Es gebe jedoch längst nicht so viele Fälle. Er weise darauf hin, dass beispielsweise hinsichtlich der problematischen Stelle in der Ortsgasse, an der jeder Fußgänger auf die Straße gehen müsse und auch eine entsprechende Bodenmarkierung bestehe, eine Abwägung erfolgen müsse. Seine Fraktion teile die Ansicht der Verwaltung, dass die Situation in der Ortsgasse noch problematischer sei als in der Kapellenstraße. Man könnte nach

Beendigung des Probetriebes und für den Fall, dass für die Problematik in der Ortsgasse eine Lösung gefunden wäre, zur Verbesserung der Situation in der Kapellenstraße aus Richtung Kölnstraße die gleiche Beschilderung wie aus dem Abfahren von der B56 in die Kapellenstraße einrichten. Dort habe man dann eine Zufahrtsbeschränkung von LKW über 3,5t. Der Begegnungsverkehr zweier PKW sei in der Kapellenstraße sicherlich kein Problem. Wenn aber ein LKW dort langführe, müsse dieser oder das andere Fahrzeug auf den Bürgersteig ausweichen. Ein Aussetzen der Probephase hätte auch den Vorteil, dass dann die fehlenden Messzahlen für die Ortsgasse nachgeholt werden könnten.

Er hätte es begrüßt, wenn die in der Sitzungsvorlage benannten eingegangenen Schreiben dieser auch beigelegt hätten. Dies könne jedoch auch noch nachgeholt werden.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass, entgegen dem Hinweis in der Sitzungsvorlage, die Schreiben der direkten Anlieger den Ausschuss nicht erreicht hätten.

Herr Nettessheim sagte, dass die Querung an der Ortsgasse sicherlich insbesondere für Fußgänger nicht ungefährlich sei. Eine solche Querung bestehe zurzeit auch in der Kapellenstraße, jedoch käme dort der Verkehr nur aus einer Richtung. Die Einrichtung des Probetriebes habe sich bewährt und die Regelung könne auch so belassen werden. Man sei sich dessen bewusst gewesen, dass sich der Verkehr auf die anderen Straßen verlagern würde. Aufgrund der Tatsache, dass man für die Ortsgasse nun keine Vergleichsmessungen habe, seien die Veränderungen unter Einbezug der übrigen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel der Kurzparker, sehr schwer einzuschätzen. Er schlage jedoch vor, die Einbahnstraßenregelung so zu belassen. Gleichzeitig sollte die Verwaltung beauftragt werden, Maßnahmen zu treffen, um die Situation für die Fußgänger in der Ortsgasse und in der Burbankstraße verkehrssicherer zu gestalten.

Der Ausschussvorsitzende fasste zusammen, dass der Ausschuss dann heute drei Beschlüsse fassen würde. Zum einen die Kenntnisnahme des Berichts wie in der Sitzungsvorlage abgedruckt, zum Zweiten die Probephase der Einrichtung der Einbahnstraßenregelung weiter zu verlängern, und zum Dritten die Verwaltung aufzufordern, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Burbankstraße und der Ortsgasse zu prüfen.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! sagte, einen Vorschlag des Vorsitzenden per EMail habe er bislang nicht bekommen.

Der Ausschussvorsitzende stellte klar, dass es sich bei dem Vorschlag nicht um einen solchen des Ausschussvorsitzenden, sondern des Vorsitzenden der SPD-Fraktion handele.

Herr Köhler fuhr fort, dass er das Fazit der Verwaltung gut nachvollziehen könne. Der Auftrag habe seinerzeit gelautet, eine Probephase durchzuführen und nicht schon Lösungen für mögliche Probleme, welche sich aus dieser Erprobung ergäben, zu erarbeiten.

Die Tatsache, dass aus der halbjährigen eine ganzjährige Testphase geworden sei, ließe

den Schluss zu, die Verwaltung wolle die Politik dazu bewegen, die alte Regelung in der Kapellenstraße nicht wieder einzuführen. Er glaube daraus erkennen zu können, die Verwaltung wolle gemeinsam mit der Politik an einer Lösung für die Ortsgasse arbeiten. Dies sei in seinen Augen auch der richtige Weg. Diese müsse jedoch auch finanziell tragbar sein.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDINS 90/Die Grünen sagte, dass es auf Grund der Komplexität der Verkehrsverhältnisse im alten Ortskern von Hangelar keinen Königsweg gebe. Die Vorlage der Verwaltung spiegele eben auch die Differenziertheit, auch hinsichtlich unterschiedlicher Schlussfolgerungen, wider.

Es sei festzuhalten, dass ein Chaos in Hangelar ausgeblieben sei. Die Probephase habe natürlich auch zu mehr Verkehr in der Ortsgasse geführt, welcher sich jedoch in einem verträglichen Rahmen halte. In diesem Punkt stimme er Herrn Schell zu. Dies sei sicherlich für die Anwohner keine schöne Situation. Diese negativen Effekte müssten allerdings mit den positiven Effekten in der Kapellenstraße abgewogen werden. Diese lägen vor allem in der zusätzlichen Sicherheit für die Fußgänger, aber auch für die Radfahrer.

Sicherlich müsse in der Ortsgasse etwas geschehen. Es würden aber auch durch wildes Parken die Fußgänger gezwungen, auf die Fahrbahn auszuweichen. Aufgrund der geringen Länge würde in der Ortsgasse auch langsamer gefahren.

Seine Fraktion würde davon abraten, nun, nach der Abwägung, den Probetrieb zurückzufahren und kleinere Maßnahmen in der Ortsgasse durchzuführen, um anschließend den Probetrieb wieder einzuführen. Man sollte die Situation in der Kapellenstraße insofern zunächst belassen und die Verwaltung beauftragen, zeitnah ein paar einfache wirksame Vorschläge für die Verbesserung der Verkehrssicherheit für die Fußgänger in der Ortsgasse zu erarbeiten. Insofern würde sich seine Fraktion auch dem Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion anschließen.

Herr Schell sagte, dass seine Fraktion dies nach wie vor nicht für sinnvoll halte. Die Ortsgasse sei genauso lang wie der untere Teil der Kapellenstraße und sei daher auch genauso gut einzusehen. Auch habe es vor der Einbahnstraßenregelung in der Kapellenstraße kein Chaos gegeben. Dies sei dann eher heute der Fall, da einige Fahrer sich offensichtlich eher an ihren Navigationsgeräten orientierten als an der Beschilderung. So gebe es dort im Augenblick 27 Falschfahrer pro Tag.

Er wolle auch noch einmal auf die Begehung im letzten Jahr hinweisen. Damals hätten alle auf die Problematik in der Ortsgasse hingewiesen und man sei sich einig gewesen, dass es hierfür keine Lösung gebe. Dies sei auch so von der Verwaltung bestätigt worden und auch in der Sitzungsvorlage nachzulesen. Diesbezüglich weise er ausdrücklich auf den ersten Satz des letzten Absatzes der Sitzungsvorlage hin. Man würde sich also mit dem zur Diskussion stehenden Beschlussvorschlag über eine Aussage der Straßenverkehrsbehörde hinwegsetzen. Insofern teile er die Einschätzung der Verwaltung und plädiere dafür, eher dafür zu sorgen, den LKW-Verkehr in der Kapellenstraße weiter zu reduzieren.

Herr Nettesheim sagte an Herrn Schell gewandt, dass die Gefahr in der Ortsgasse auch mit 30% weniger Fahrzeugen bestehen würde. Insofern müsse dort etwas geschehen. In der Kapellenstraße sei man sich bei der Begehung einig gewesen, dass der Begegnungsverkehr sehr kritisch sei, da fast jeder zweite PKW auf den Gehweg

ausgewichen sei. Dies sei aber eben seit der Einführung der Einbahnstraßenregelung nicht mehr gegeben.

Bezüglich der Falschfahrer in der Kapellenstraße merkte er an, dass er in der Ausschusssitzung am 02.07. d.J. bereits darauf hingewiesen habe. Die Verwaltung wollte dies seinerzeit prüfen. Seine Fraktion habe vorgeschlagen, entsprechende Richtungspfeile auf die Fahrbahn der Kölnstraße aufzubringen. Sollte das Problem immer noch bestehen, sei zu überlegen, dies nun umzusetzen.

Der Ausschussvorsitzende erinnerte an die zusätzliche Beschilderung an der Meindorfer Brücke. Diese würde leider auch nicht von allen LKW-Fahrern beachtet.

Herr Metz sagte an Herrn Schell gewandt, dass seine Sichtweise durchaus nachvollziehbar sei. Er habe nur das Ergebnis der Abwägung seiner Fraktion vorgetragen. Er respektiere selbstverständlich das autonome Handeln der Straßenverkehrsbehörde im Sinne der Straßenverkehrsordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung. Allerdings verstehe er die Ausführungen der Straßenverkehrsbehörde so, dass sie in der Abwägung die Gegebenheiten in der Kapellenstraße und der Ortsgasse summarisch betrachte. Wäre ein Handeln seitens der Behörde geboten, weil eine konkrete reale Gefahr bestünde, hätte diese den Probetrieb, welcher statt nur ein halbes Jahr nun ein ganzes Jahr bestanden habe und noch bestehe, längst unterbrochen.

Der Ausschussvorsitzende sagte, dass der Ausschuss sich nicht über eine Ordnungsbehörde hinwegsetzen könne und werde. Vielmehr ginge es hier um eine Abwägung. Seine persönliche Einschätzung sei, dass sich die Situation sehr entspannt habe. In der Vergangenheit sei die Verkehrsgefährdung in der Kapellenstraße weitaus größer gewesen, da dort einfach viel mehr Fahrzeuge gefahren seien.

Herr Steinkamp sagte, dass sich die Abwägung, welche die Straßenverkehrsbehörde vollzogen habe, an der Verkehrssicherheit orientiere. Hierzu gehöre auch, dass der Fußgänger geschützt sei. Dies sei im Bereich der Ortsgasse in Teilen nicht gegeben. So mache es die dortige Baumscheibe unmöglich, eine durchgehende Wegeverbindung anzubieten. Gleichzeitig gebe es dort im Gegensatz zur Kapellenstraße keine Abtrennung zur Fahrbahn mittels Hochbord oder flachem Bord, sodass dieser jederzeit überfahrbar sei. Dieses Bild setze sich in seiner Funktion als Umleitung in der Burbankstraße fort.

Es sei während der Probephase zu keinerlei Unfallereignissen gekommen, sodass zunächst kein Handlungsbedarf bestanden hätte. Für die Straßenverkehrsbehörde sei es mehr als hinderlich, dass keine Ergebnisse einer Vorher-Messung vorlägen. Aufgrund der bereits erfolgten Ankündigung über die Durchführung der Probephase sei es auch nicht möglich gewesen, diese zu verschieben, da einige Messgeräte eigens angemietet werden mussten. Erst hinterher konnte festgestellt werden, dass zwei Mess-Chips ohne Messergebnisse gewesen seien.

Es wurde jedoch im Nachhinein noch eine Einzelmessung auf der Kapellenstraße zwischen der Burbankstraße und der Straße „Am Schiedsberg“ durchgeführt. Dabei sei eine Verkehrsbelastung von 800 Fahrzeugen festgestellt worden, welche sich zusammensetzten aus 300 Fahrzeugen aus der Sternenstraße, 27 Falschfahrern sowie aus den Verkehren aus der Burbankstraße und der Ortsgasse. Man könne nicht sagen,

ob es sich bei den Letztgenannten um Umfahrer oder regelmäßige Nutzer handele. Es könne jedoch festgestellt werden, dass bei einer Frequentierung von 75 Fahrzeugen pro Stunde in einem Gebiet, in welchem sich Fahrzeuge und Fußgänger auf einer Ebene befänden, etwas unternommen werden müsste.

In der Kapellenstraße habe die Testphase sehr gut zur Verkehrssicherung beigetragen. Dabei sei die Maßnahme bewusst zu keiner Zeit von der Polizei begleitet worden. So sei die Tatsache, dass durch diese Maßnahme die Zahl der Falschfahrer von 100 auf 27 gesenkt werden konnte, als Erfolg zu sehen.

Der Ausschussvorsitzende dankte Herrn Steinkamp für die Ausführungen. Sie machten deutlich, dass der Ausschuss, sollte er dem geänderten Beschlussvorschlag folgen, nicht gegen die Straßenverkehrsbehörde beschließen würde, sondern vielmehr in ihrem Sinne.

Herr Metz sagte, er könne sich nicht vorstellen, dass sich durch die Veränderung aus dem Zustand in der Ortsgasse auf einmal eine so große Gefährdung für die Fußgänger ergeben haben sollte. Man spreche hier von einem Altzustand von ungefähr 2 Fahrzeuge pro Minute, welcher nie beanstandet wurde, gegenüber nunmehr 1 ½ Fahrzeugen pro Minute. Daraus ließe sich folgern, dass mehr für die Sicherheit in der Ortsgasse getan werden müsse, die Frage der Verkehrssicherheit der Fußgänger in der Kapellenstraße mit der in der Ortsgasse also praktisch nichts zu tun habe. Dies bestätige seine Fraktion in ihrer Abwägung.

Herr Schell sagte, er könne den Ausführungen des Herrn Metz zwar folgen, obgleich er sie nicht teile. Es handele sich um eine Abwägung der Größe der Gefährdung. Eine Gefährdung in der Kapellenstraße entstehe nicht durch jedes dort durchfahrende Fahrzeug, sondern sie entstehe allenfalls durch die Begegnungsverkehre, bei welchen einer der beiden Fahrzeugführer auf den Bürgersteig ausweiche. Der bloße Zahlenvergleich helfe insofern nicht. In der Ortsgasse müsse jeder Fußgänger derzeit im Bereich der Baumscheibe auf die Fahrbahn. Insofern sei für seine Fraktion dies ein größeres Gefährdungspotenzial als das in der Kapellenstraße. Leider habe die Verwaltung bisher noch keine Lösung für das Problem in der Ortsgasse. Insofern sei auch davon auszugehen, dass die Gefährdung in der Ortsgasse auch noch eine Zeit lang bestehen bleibe. Die Art der Gefährdung sei höher als in der Kapellenstraße und werde nun durch den prozentualen Anstieg der zusätzlich durchfahrenden Fahrzeuge noch verstärkt. Daher sei seine Fraktion für das in der Sitzungsvorlage vorgeschlagene Verfahren, nämlich die Absetzung des Probebetriebs, also die Rückkehr zum sichereren Ausgangspunkt bei einer Minderung des potentiellen Gefahrenverkehrs durch LKW in der Kapellenstraße, bis eine Lösung für die Ortsgasse gefunden sei.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass man die Sitzungsvorlage unterschiedlich interpretieren könne.

Dann stellte er fest, dass der geänderte Beschlussvorschlag nun wie folgt laute:

1. Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die probeweise eingeführte Einbahnstraßenregelung für die Kapellenstraße bleibt so bestehen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen zum Schutz der Fußgänger in der Ortsgasse und der Burbankstraße zu ergreifen.

Herr Puffe sagte für die CDU-Fraktion, dass man dem Punkt 2 nicht zustimmen werde. Man wolle jedoch eine Verbesserung in der Ortsgasse erreichen und würde diesem Punkt auch entsprechend zustimmen.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.